



SPD-Fraktion im Rat
der Stadt Wuppertal



CDU-Fraktion im Rat
der Stadt Wuppertal



Fraktion BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN im Rat
der Stadt Wuppertal



Fraktion DIE LINKE.
im Rat der Stadt
Wuppertal



Ratsgruppe
DCW im Rat der
Stadt Wuppertal

An die Vorsitzende des Jugendhilfeausschusses

Frau Renate Warnecke

Rathaus

Johannes-Rau-Platz 1

42275 Wuppertal

Datum

26.08.2019

Gemeinsamer Antrag

Drucks. Nr.

VO/0799/19
öffentlich

Zur Sitzung am
03.09.2019

Gremium
Jugendhilfeausschuss

Fachkräftemangel Erzieherinnen/Erzieher

Antrag der Fraktionen von SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke, der Ratsgruppe DCW sowie der Arbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege in Wuppertal (AGFW).

Sehr geehrte Frau Warnecke,

die o.g. Fraktionen sowie die AGFW in Wuppertal beantragen, der Jugendhilfeausschuss möge beschließen:

1. Die Mitglieder des JHA fordern den Bund auf, die Jobcenter dazu in die Lage zu versetzen, den Beruf der staatl. anerkannten Erzieherin/des staatl. anerkannten Erziehers in ihren Umschulungskatalog aufnehmen zu können. Der Beruf muss als Mangelberuf anerkannt und somit auch als solcher gefördert werden.
2. Die Mitglieder des JHA fordern außerdem die Möglichkeit einer BAföG-Finanzierung für den Beruf der staatl. anerkannten Erzieherin/des staatl. anerkannten Erziehers – angelehnt an das Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz (AFBG) von Bund und Land.
3. Analog der Finanzierung der Altenhilfeausbildung durch eine im Pflegesatz zu berücksichtigende Umlage sollten auch die Berufskollegs (BK) im Ausbildungsbereich Erzieherinnen/Erzieher nicht weiterhin defizitär (z.B. für

kirchliche Träger sechs Prozent Eigenanteil nach dem Ersatzschulgesetz), sondern auskömmlich finanziert werden. Nur so kann der Betrieb attraktiv gestaltet und mehr Ausbildungsplätze geschaffen werden. Das neue Kibiz sieht Pauschalen für die praxisintegrierte Ausbildung (Pia) vor und zwar 8.000,00 EUR im ersten Jahr und 4.000,00 EUR im zweiten und dritten Jahr. Die Voraussetzung hierfür ist allerdings, dass die Vergütung analog TVÖD erfolgt und dass es sich um ein sozialversicherungspflichtiges Beschäftigungsverhältnis handelt. Auf diese Weise erhalten die BK's mehr Planungssicherheit und können entsprechende Lehrerstellen vorhalten.

4. Hinsichtlich des nunmehr überarbeiteten Kinderbildungsgesetzes (Kibiz) bleibt anzumerken, dass beim Einsatz der Pia-Auszubildenden in den Einrichtungen die Fachkraftstunden nach oben angepasst werden müssen. Die Pia-Azubis im 1. Jahr benötigen eine intensivere Fachkraftbegleitung als Auszubildende, die nach 2jähriger klassischer Ausbildung ihr Berufspraktikum im 3. Ausbildungsjahr absolvieren. Hier wünschen sich die Mitglieder des JHA einen ausgeglichenen Fachkraftschlüssel.
5. Weniger Bürokratie für Bewerber/Bewerberinnen aus dem Ausland. Im Ausland erworbene Qualifikationen für den Beruf der Erzieherin/des Erziehers müssen zügiger und für die Bewerberinnen und Bewerber übersichtlicher und einfacher gestaltet werden.
6. Die neue Personalvereinbarung bietet seit kurzem immer mehr akademischen Fachkräften wie z.B. Heil-, Sozial- und Kindheitspädagoginnen und -Pädagogen sowie Personen mit weiteren pädagogischen Abschlüssen die Möglichkeit der Beschäftigung im frühkindlichen Bereich. Dies sollte möglichst von allen Trägern genutzt werden. Die Recruiting-Maßnahmen sollten sich nicht nur auf Fachschulen beschränken, sondern auch auf den akademischen Bereich (Bergische Universität, Diploma Hochschule und FOM-Fachhochschule) ausgeweitet werden. So könnten die Träger über studienbegleitende Praktika frühzeitig Zugang zu neuen und gut ausgebildeten Fachkräften erhalten und diese langfristig an sich binden.

Dieser Forderungskatalog möge an die zuständigen Stellen in Bund und Land weiter-geleitet werden.

Begründung:

Die Mitglieder des Wuppertaler Jugendhilfeausschusses stimmen darin überein, dass sich der Fachkräftemangel bei staatl. anerkannten Erzieherinnen und Erziehern in den Wuppertaler Kindertagesstätten trägerunabhängig sehr deutlich bemerkbar macht. Auf kommunaler Ebene kann dieser Entwicklung kaum Einhalt geboten werden, sind doch die Handlungsoptionen vor Ort äußerst gering. Neben verstärkten Akquise-Maßnahmen über

die gängigen (Medien-) Kanäle (Tageszeitung, Radio, Internetplattformen, Stellenanzeiger, großflächiger Plakatierung etc.) wirbt die Stadt Wuppertal beispielsweise auch mit unbefristeten Arbeitsverträgen. Letzteres ist sicherlich ein wichtiger Aspekt, um das Berufsbild der/des Erzieherin/Erziehers am Standort Wuppertal attraktiv zu gestalten. Darüber hinaus bleiben die Handlungsoptionen vor Ort gering, insbesondere dann, wenn man, wie vereinbart, Wert auf eine breit angelegte Trägervielfalt legt und sich nicht gegenseitig die Bewerberinnen und Bewerber „abjagen“ möchte. Letzteres wird von allen Beteiligten ausdrücklich nicht gewünscht. Vor diesem Hintergrund fand am Dienstag, den 18. Juni 2019, ein interfraktionelles Gespräch unter Beteiligung von Vertretern der Arbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege in Wuppertal (AGFW) statt, aus welchem der nun vorliegende Forderungskatalog als Ergebnis hervorgegangen ist.

Mit freundlichen Grüßen

gez.

Dilek Engin

Sprecherin der SPD-Fraktion

gez.

Michael Hornung

Sprecher der CDU-Fraktion

gez.

Paul Yves Ramette

Sprecher der Fraktion

Bündnis 90/Die Grünen

gez.

Dr. Dirk Krüger

Sprecher der Fraktion Die Linke

gez.

Gisela Schlüter & Dorothea Glauner

Ratsgruppe DCW

gez.

Dr. Christoph Humburg

Vorsitzender der AGFW in Wuppertal